

Auswirkungen der globalen Krisen auf so genannte Schwellenländer

Das Beispiel China

China scheint kaum von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen zu sein, wenn wir den offiziellen Verlautbarungen der Regierung Glauben schenken. Doch die Auswirkungen der ökonomischen Verwerfungen insbesondere auf Millionen von WanderarbeiterInnen sind erheblich. Hinzu kommt, dass der chinesische Arbeitsmarkt sich rasch verändert und die Arbeitsbedingungen nach wie vor miserabel sind.

Staphany Wong / Klaus Heidel

China scheint kaum von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen zu sein, wenn wir den offiziellen Verlautbarungen der Regierung Glauben schenken wollen: Die Nationale Kommission für Entwicklung und Reformen (*National Development and Reform Commission*), das Entscheidungsgremium für Chinas Wirtschaftspolitik, hat am 19. Oktober 2009 bekräftigt, dass ein Wirtschaftswachstum von acht Prozent realistisch sei, ein Ziel, das die Kommission schon früher im Jahr angepeilt hatte. Ein Wirtschaftswachstum von acht Prozent halten viele Ökonomen für ein Minimum, um China vor sozialen Protesten zu bewahren.

Aber warum ausgerechnet acht Prozent? Verschiedene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, aber auch Bloggerinnen und Blogger meinten, diese Zielmarke habe die Regierung früher einmal genannt und jetzt würde sie – unabhängig von der Wirklichkeit – für entsprechende Statistiken sorgen, um zu zeigen, dass dieses Ziel erreichbar sei.² Mit anderen Worten: Solche Prognosen dienen der Wahrung des Gesichtes, sind eine politische Botschaft und ein Index für das Ausmaß des Selbstvertrauens der chinesischen Regierung – und eben nicht begründet in realistischen Statistiken, die die wirkliche wirtschaftliche Situation des Landes abbilden. Im Gegensatz hierzu sollten zentrale Indikatoren für die soziale Wirklichkeit die Beschäftigungssituation der Menschen und ihre Einkommensverhältnisse sein. Sie zeigen die beträchtlichen Auswirkungen der Krise auf die Menschen in China.

1 Der folgende Artikel basiert weitgehend auf dem Aufsatz Staphany Wong (2008): *Impacts of the Financial Crisis on Labour Conditions in China*, Heidelberg, der für das Netzwerk „EU – China: Civil Society Forum“ verfasst worden war und auf der Website des Netzwerkes zu finden ist (<www.eu-china.net>). Eine im März 2009 erstellte Fassung findet sich auf der Website des Labournet: <www.labournet.de/internationales/cn/wong1.pdf>. Beide Fassungen bieten umfangreiche Quellenhinweise, die an dieser Stelle nicht wiederholt werden. Aktualisierungen wurden Ende Oktober 2009 von Staphany Wong und die redaktionelle Bearbeitung von Klaus Heidel vorgenommen.

2 Vgl. Dong Dengxin, Wuhan Technology University, *“The secret weapon of safeguarding the 8% GDP growth in China”*, <blog.sina.com.cn/s/blog_4928fb8a0100efwx.html> (abgerufen am 25. Juni 2009).

Einbrüche auf dem Arbeitsmarkt

Ohne Zweifel hat die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in China geführt. Allerdings ist die offizielle Arbeitslosenstatistik unzuverlässig. Nach ihr soll die Zahl der Arbeitslosen Ende 2008 um 0,2 Prozent über dem Vorjahreswert gelegen und 4,2 Prozent betragen haben, absolut wären dies rund 8,9 Millionen Arbeitslose gewesen. Doch diese Zahl ist schon alleine deshalb zu niedrig, weil sie nur die registrierten Stadtbewohner berücksichtigt. In den Städten arbeiteten aber Anfang 2009 nach Angaben des nationalen Statistikamtes (*National Bureau of Statistics*) 140 Millionen WanderarbeiterInnen aus ländlichen Regionen. Von ihnen sind 70 Millionen zum chinesischen Neujahrsfest 2009 nach Hause zurückgekehrt. Unterstellt, eine Schätzung des Landwirtschaftsministeriums von Anfang 2009 sei zutreffend, nach der fast 40 Prozent der Zurückgekehrten ihre Arbeitsplätze verloren hätten, wären 28 Millionen Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter im Laufe des Jahres 2008 und im Januar 2009 arbeitslos geworden. Nach anderen Angaben waren 23 Millionen der nach Hause gefahrenen Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter arbeitslos. Hinzu kommt, dass mit Sicherheit nicht alle arbeitslosen Wanderarbeiterinnen und -arbeiter zum Neujahrsfest 2009 in ihre Heimatdörfer fuhren, da die Reisekosten hoch sind und manche der Arbeitslosen hofften, angesichts der Abwesenheit der Hälfte der WanderarbeiterInnen in den Städten leichter Arbeit finden zu können. Von daher dürfte die Annahme, dass mindestens 25 Millionen WanderarbeiterInnen im Zuge der globalen Wirtschaftskrise arbeitslos geworden sind, eine konservative Schätzung sein. Rund acht Prozent der arbeitslos Gewordenen erhielten keine wie auch immer geartete Entschädigung und nicht einmal ausstehende Lohnzahlungen.³

Von diesen Einbrüchen des Arbeitsmarktes waren vor allem das verarbeitende Gewerbe und die Bauindustrie betroffen. Rund 46 Prozent aller WanderarbeiterInnen im verarbeitenden Gewerbe und 73 Prozent

3 Vgl. <news.bbc.co.uk/chinese/trad/ti/newsid_7960000/newsid_7962700/7962760.stm> (abgerufen am 25. März 2009).

der auf dem Bau Beschäftigten kehrten zum Neujahrsfest in die Heimatdörfer zurück. Eine Ursache für die steigende Arbeitslosigkeit im verarbeitenden Gewerbe sind die zahllosen Fabrikschließungen in den industriellen Ballungszentren vor allem an der Ostküste, nicht zuletzt im Perflussdelta. Doch diese Aufsehen erregenden Fabrikschließungen sind nur zum Teil durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise zu erklären. Denn die Welle der Fabrikschließungen setzte bereits 2007 ein, und erreichte im ersten Halbjahr 2008 mit der Schließung von 67.000 kleineren und mittleren Unternehmen in ganz China ihren ersten Höhepunkt – vor dem völligen Ausbruch der globalen Finanzkrise.

Strukturwandel des Arbeitsmarktes

Dieser Umstand verweist auf andere Gründe für Fabrikschließungen: Vor allem im Perflussdelta schlossen Unternehmen Betriebe, weil dort ihrer Ansicht nach die Arbeitskosten zu stark gestiegen waren, hinzu kamen höhere Auflagen im Blick auf Umwelt- und Arbeitsstandards. Unternehmen befürchteten, das zum 1. Januar 2008 in Kraft getretene Arbeitsvertragsgesetz könnte die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter zu Lasten der Unternehmen stärken und zu höheren Löhnen führen. Eine Rolle spielen auch gestiegene Steuern für Unternehmen mit einem niedrigen Technologisierungsgrad (da die chinesische Regierung einen Strukturwandel der Wirtschaft hin zu einer durch Hochtechnologie geprägten Wirtschaft anstrebt), ein Anstieg der Ölpreise und weitere Faktoren wie in manchen Fällen schlichte Misswirtschaft. Im Oktober 2008 verloren die 6.000 Beschäftigten des weltgrößten Spielzeugherstellers Smart Union in Dongguan ihre Arbeitsplätze nicht nur wegen wegbrechender Exportmärkte, sondern auch aufgrund von Fehlinvestitionen und damit einhergehenden Kreditproblemen. Es ist daher anzunehmen, dass der dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahr 2008 einem Ursachenmix zu schulden ist, der sicher deutlich von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt ist, aber auch vom Bestreben mancher Unternehmen, diese Krise zur Begründung neuerlicher Produktionsverlagerungen in chinesische Regionen oder Länder mit niedrigeren Produktions- und damit auch Lohnkosten zu benützen.

Wie auch immer: Mit der Krise hat sich der chinesische Arbeitsmarkt verändert, ohne dass die ländlichen Gebiete die Einbrüche in den städtischen Industriezentren der Ostküste auffangen könnten: Nur ein kleiner Teil der zum Neujahrsfest 2009 in die Heimatdörfer zurück gekehrten Wanderarbeiterinnen

Tabelle 1: Große Einkommensdifferenzen zwischen heimischen und zugewanderten Arbeitskräften

Stadt	gesetzlicher Mindestlohn (absolute Beträge in RMB ⁶)			
	gültig seit	Mindestlohn pro Monat	Mindestlohn pro Monat bei 36 Überstunden zu einem Stundenlohn von 150 Prozent	durchschnittlicher Monatslohn städtischer Arbeiterinnen und Arbeiter
Guangzhou	1. April 2008	860 (Stadtgebiet)	1.127	3.349
Dongguan	1. April 2008	770	1.009	2.940
Shenzhen	1. April 2008	900 (äußere Zone) 1.000 (innere Zone)	1.180 (äußere Zone) 1.311 (innere Zone)	3.233

und -arbeiter – nämlich 70.000 – war bereit, erneut in der Landwirtschaft zu arbeiten, ganz abgesehen davon, dass die Arbeitsmarktsituation in den ländlichen Gebieten überaus schwierig ist. Zwar scheint sich der Arbeitsmarkt im ersten Halbjahr 2009 entspannt zu haben – auch wenn die offizielle Angabe, nur drei Prozent (oder 4,5 Millionen) der WanderarbeiterInnen in den Städten seien inzwischen arbeitslos, deutlich beschönigend sein dürfte. Doch unbeschadet eventueller konjunktureller Erholungen dürfte der ohnehin eingesetzte Strukturwandel des chinesischen Arbeitsmarktes durch die Wirtschaftskrise beschleunigt worden sein. Hierfür spricht auch das Wegbrechen der Exporte in den ersten neun Monaten 2009: Sie fielen um 21,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum; betroffen waren nicht zuletzt kurzlebige Konsumgüter wie Spielwaren, Bekleidung oder Unterhaltungselektronik und damit bisherige Produktionsschwerpunkte mit einem starken Niedriglohnanteil. Zwar zogen die Exporte Ende des dritten Quartals 2009 wieder an, doch diese Entspannung dürfte vor allem saisonale Gründe – etwa im Blick auf das nordamerikanische und europäische Weihnachtsgeschäft – haben und kaum nachhaltig sein. Berichte, nach denen es im Perlfussdelta aufgrund des neuerlichen Exportwachstums zu einem Arbeitskräftemangel gekommen sei, sind deshalb irreführend – auch deshalb, weil viele WanderarbeiterInnen nicht mehr diese Industrieregionen zurück gekehrt sind oder sie verlassen haben, weil ihr Einkommen mit dem Anstieg der dortigen Lebenshaltungskosten nicht Schritt halten konnte.

Insgesamt schrumpft also der Niedriglohnbereich. Doch auch am oberen Ende der Qualifikationskala tun sich Engpässe auf: Während im Jahr 2000 erst eine Million Hochschulabsolventinnen und -absolventen auf den Arbeitsmarkt drängten, werden es 2009 über sechs Millionen sein. Für sie

gibt es aber nicht genügend Arbeitsplätze. Da auch frühere Hochschuljahrgänge nur teilweise auf dem Arbeitsmarkt unterkamen, sind inzwischen rund acht Millionen JungakademikerInnen ohne Job. Hier rächt sich, dass in den letzten dreißig Jahren zu wenige Arbeitsplätze für Hochqualifizierte geschaffen wurden. Daher ist es allenfalls eine kurzfristige Entspannung, wenn die chinesische Regierung den Einsatz der arbeitslosen HochschulabsolventInnen als „*village chiefs*“ finanziert.⁴ Denn mehr als fraglich ist, ob diese nach Ablauf ihres dreijährigen Einsatzes auf dem Arbeitsmarkt unterkommen werden.

Unverändert miserable Arbeitsbedingungen

Von den 140 Millionen Wanderarbeiterinnen und -arbeitern hatten Ende Juni 2009 nur 23,8 Millionen eine Renten-, 41,5 Millionen eine Kranken-, 15,2 Millionen eine Arbeitslosen- und 50,5 Millionen eine Arbeitsunfallversicherung.⁵ Der überwiegende Teil der WanderarbeiterInnen ist also nicht durch Systeme der sozialen Sicherheit vor Krisen und Altersarmut geschützt, dies wirkt sich in der gegenwärtigen Krise verhängnisvoll aus. Zudem macht die Krise das Arbeitsvertragsgesetz von 2008 zur lahmen Ente. Zwar erklärte der stellvertretende Direktor der Kommission für Fragen der Gesetzgebung des Ständigen Ausschusses des chinesischen Volkskongresses, das Arbeitsvertragsgesetz werde durch die Finanzkrise nicht berührt und solle deshalb

auch nicht novelliert werden.⁶ Doch lokale Studien zeigen, dass viele Provinzregierungen Arbeitsschutzbestimmungen gelockert und zum Beispiel gestattet haben, dass Arbeitgeber die Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen verzögern dürfen.⁷ Außerdem verfolgen lokale Behörden Verstöße gegen das Arbeitsvertragsrecht und gegen weitere Gesetze zum Schutz der Beschäftigten nur sehr nachlässig.

Nicht zuletzt ist 2009 in vielen Städten eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes ausgeblieben. Dies ist für WanderarbeiterInnen angesichts des Anstieges der Lebenshaltungskosten dramatisch, ist doch der gesetzliche Mindestlohn in vielen Fällen ihr Höchstlohn. Damit sind sie deutlich schlechter gestellt als einheimische Arbeiterinnen und Arbeiter, wie Tabelle 1 zu entnehmen ist.

Die Hoffnung, dass sich diese Einkommensunterschiede durch einen Lohnzuwachs der Wanderarbeiterinnen und -arbeiter verringern würden, ist durch die Finanz- und Wirtschaftskrise zerschlagen worden. Wie auch immer die chinesische Regierung die wirtschaftliche Lage Chinas schön zu reden versucht, ist doch offensichtlich, dass ein großer Teil der WanderarbeiterInnen zu den Verlierern gehört.

Staphany Wong ist Mitarbeiterin der Werkstatt Ökonomie. **Klaus Heidel** ist Mitbegründer und Mitarbeiter der Werkstatt Ökonomie e.V. und Sprecher von Social Watch Deutschland.

⁶ Vgl. <www.china.org.cn/government/NPC_CPPCC_2009/2009-03/10/content_17412057.htm> (abgerufen am 10 März 2009).

⁷ Vgl. <www.fairlabor.org/images/WhatWeDo/CurrentIssues/china_response_to_crisis.pdf>.

⁸ Ein Renminbi entspricht rund 0,1 Euro.

⁴ Vgl. <news.xinhuanet.com/english/2009-07/04/content_11652895.htm> (abgerufen am 4. Juli 2009).

⁵ Vgl. <nc.people.com.cn/BIG5/10073430.html> (abgerufen am 17. September 2009).